Von Schuldenfallen und Mausefallen

Autor(en): **Strehle, Res**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **9 (1989)**

Heft [2]: **Schuldenkrieg und CH-Finanzkapital**

PDF erstellt am: **19.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652674

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Res Strehle

Von Schuldenfallen und Mausefallen

Wenn Linke von einer „Schuldenkrise" sprechen, die die Weltwirtschaft bedrohe, von einer „Schuldenbombe", deren Ticken sie sogar zu vernehmen meinen und die „Entwicklungsländer" schon bildlich in der „Schuldenfalle" gefangen sehen, dann sitzen sie selber gleich doppelt und dreifach in einer ideologischen Mausefalle, in der es sich zwar noch immer bequemer leben lässt als in der „Schuldenfalle", ohne dass indessen an ernsthafte Ausbruchsversuche zu denken wäre. Ja, es ist noch nicht einmal sicher, ob das Finanzkapital jene Losungsworte wie „Schuldenstreichung" und „Schuldenumwandlung" erhören wird, die die linken Mäuschen aus der Falle heraus mitpiepsen, und den Deckel zur Belohnung öffnet. Wahrscheinlicher ist, dass es solch konstruktive Vorschläge mit einem weiteren Stück Käse oder Speck belohnen wird, nicht weil es nicht selber auf solche Ideen gekommen wäre, aber weil sich ihre Akzeptanz hörbar auf einen weiteren Sektor der metropolitanen Gesellschaft ausgedehnt hat. Damit steigen die Chancen, dass endlich reiner Tisch gemacht und weltwirtschaftlich ein neues Akkumulationsmodell ins Auge gefasst werden kann: selektive Schaffung eines günstigen Investitionsklimas in weiteren Produktionszonen, wo zu tiefen komparativen Kosten für den Weltmarkt produziert, weniger „unnütz" konsumiert und dafür umso intensiver gearbeitet wird.

In der viel beschworenen Formel der „Verschuldung der Entwicklungsländer" steckt eine geradezu narkotisierende Dosis von Ideologie. Wer sie verabreicht kriegt, oder, trauriger noch, freiwillig einnimmt, fällt in jenen Zustand tiefer Bewusstlosigkeit, in dem Exponenten der Schweizer Gewerkschaftsbewegung seit Jahrzehnten vor sich hindämmern. Ihr Nachtgebet verwandelte Arbeiterinnen und Arbeiter (Frauen und Männer, die täglich Arbeit *hergeben)* in Arbeit*nehmer*. Was Wunder also, dass zahlreiche Schweizer Gewerkschaftsfunktionäre in ihren Wachphasen nicht mehr einwandfrei zwischen einer „Arbeitnehmer-" und „Arbeitgeberpolitik" zu unterscheiden vermögen. Begriffe sind nie die Grundlage von Herrschaft, aber immer deren Ausdrucksform. Dieselben Begriffsinstrumente wie die Bourgeoisie zu verwenden, bedeutet im weniger schlechten Falle, Machtverhältnisse zu akzeptieren, im schlechteren, sich gemeinsam in und damit die Machtverhältnisse zu teilen.

*

Beginnen wir mit dem Einfachsten und Nächstliegenden: Wer von *„Ländern"* spricht, kann sich damit gute Noten im Fach Geografie holen. In der politischen Ökonomie ist dieser Begriff denkbar schlecht geeignet, irgendwelche macht- und gewaltvermittelten sozialen Beziehungen offenzulegen. Im Gegenteil, es ist, als hätte er eben an einer Podiumsrunde über die Folter

Folterer und Gefolterte auf dieselbe Seite gesetzt, in der Meinung, ihre räumliche Verbundenheit würde auch zu einer gemeinsamen Position in dieser Frage geführt haben. Das ist so absurd, wie wenn wir sagen, „Zaire" würde seinen internationalen Gläubigern fünf Milliarden Dollar schulden. Mit der Länderbezeichnung „Zaire" wären dann tatsächlich Folterer und Gefolterte mitgemeint, die dann noch die Wahl hätten, einen Teil dieser „Schuld" gemeinsam geschenkt zu kriegen, oder selektiv die Ärmel hochzukrempeln, um Werte zur Bewältigung des Schuldendienstes zu produzieren.

Nun ist diese „Länder"-Perspektive nicht in jedem Fall so offenkundig absurd wie im Fall „Zaire", wo bekannt sein dürfte, dass sich ein einzelner Clan ein privates Vermögen in etwa dieser Höhe beiseite gelegt hat und vier Fünftel der Bevölkerung in extremer Armut leben. Nicht überall sind die Kontraste so klar wie in Südafrika, wo sich ebenfalls mit einem Minimum an gutem Willen vermuten lässt, dass es nicht die schwarze Bevölkerung war, die eine Aussenschuld in der Grössenordnung von zehn Milliarden Dollar angehäuft hat, weder einen Gegenwert dafür konsumiert hat, noch von Investitionen daraus profitierte, noch irgendwie sozial oder gesundheitlich abgesichert worden wäre, sondern einzig und allein „passiv" Betroffene einer polizeilichen und militärischen Aufrüstung aus dem kreditfinanzierten Aufbau einer „nationalen" Rüstungsindustrie ist.

Aber wie steht es denn mit anderen hochverschuldeten Ländern wie Mexico, Brasilien, Argentinien, den Philippinen? In diesen Fällen wird bekanntlich auch auf der Linken schon eher für Schuldenstreichung votiert. Schulden von wem? Von den Campesinos und Campesinas, den prekär überlebenden SlumbewohnerInnen, die sich, wenn überhaupt noch, aus Abfallhalden reproduzieren, den StrassenhändlerInnen, dem entgarantierten Teil des Proletariats in den Weltmarktfabriken und freien Produktionszonen? Man sieht ihnen die eintausend Milliarden Dollar, die da angeblich von Nord nach Süd geflossen sind, nicht an. Das ist auch nicht erstaunlich, denn das Geld floss an Banken, Unternehmer und Staat, und gerade diese drei Sektoren repräsentieren die breite Masse der Bevölkerung in den erwähnten hochverschuldeten Ländern nicht nur schlecht, sondern gar nicht. Schulden streichen würde zuallererst bedeuten, diesen Sektoren mehr Spielraum zu geben, und was das heisst, lässt sich nur in jener Perspektive beurteilen, die die enge Verflechtung dieser Sektoren mit Armee und paramilitärischen Mordkommandos miteinbezieht. Vergessen sind selbst in Argentinien die Scheingefechte zwischen ziviler Regierung und Militärs, und diese neue Harmonie wäre den Metropolengläubigern schon fast eine (selektive) Schuldenstreichung wert, wenn sie die nationalen Regierungen nicht in die unangenehme Lage bringen würde, wieder selbst für Austeritätsprogramme verantwortlich zu sein.

*

Aber vielleicht fragen wir uns, bevor wir über Schulden*streichung* debattieren, ob denn überhaupt eine *Schuld* von Trikontsektoren gegenüber den

Gläubigern in den Metropolen besteht? Rechnen wir einmal überschlagsmässig ohne Anspruch auf Genauigkeit, die sich in dieser Dimension erübrigt: Für die gegenwärtig 1'300 Milliarden Dollar offenen Schulden der Schuldner in den 88 „verschuldeten" Trikontstaaten sind, vorsichtig mit einer realen Verzinsung von 6 Prozent gerechnet, seit 1973 rund 550 Milliarden an Zinsen bezahlt oder zur Schuld dazugeschlagen worden. Die Legitimität einer realen Verzinsung (Zins minus Inflation) anzuerkennen, bedeutet, die Legitimität von Ausbeutung zu anerkennen, denn anders lassen sich Zinsen noch immer nicht finanzieren. Wenn es Linke gibt, die aus Existenzsicherungsgründen nicht auf ein Sparbüchlein oder Pensionskassenkonto verzichten wollen, soll das ihre persönliche Sache sein. Wenn sie denken, Weihnachtsmann, Osterhase oder gar die Bank selber würden für die Verzinsung aufkommen, dann täuschen sie sich. Es gibt zwar zu gegebener Zeit Weihnachtsmänner und Osterhasen vor Bankschaltern, aber ihre Geschenke sind billigste Importware aus Menschen- und Tierfabriken und repräsentieren einen lächerlichen Bruchteil jener Werte, der vom Finanzkapital insgesamt in Form von Zinsen aus dem „produktiven" Sektor abgetischt wird.

Nehmen wir für die restlichen 750 Milliarden Dollar die „Drittelsregel", die besagt, dass Trikontkredite von den dortigen Eliten zu einem Drittel als illegale Fluchtgelder wieder in die Metropolen zurückfliessen, so bleiben noch rund 500 Milliarden Dollar. Zählen wir davon die 260 Milliarden Dollar weg, die dem Ölpreisanstieg ab 1973 zu „verdanken" sind, so bleiben noch jene gut 200 Milliarden Dollar, um die sich die realen Austauschverhältnisse der nicht-erdölexportierenden Trikontökonomien in der ersten Hälfte der 70er Jahre und dann wieder ab 1980 gemäss Schätzungen verschlechtert haben. Und noch ist in dieser Rechnung kein Cent der Profite und Dividenden des multinationalen Industriekapitals im Trikont seit 1973 miteingerechnet. Würden uns hier nicht Bescheidenheit und Diskretion vor einer weiteren Schätzung abhalten, uns dämmerte der gemeine Verdacht eines massiven Werttransfers von Süd nach Nord, was bei einem Vergleich der unterschiedlichen Konsumniveaus der breiten Bevölkerung in Metropolen und Trikont immerhin nicht ganz unplausibel ist.

*

Nicht von einer Schuldenkrise müsste also die Rede sein, sondern von einer Verwertungskrise, einer Krise der Aufrechterhaltung genau dieses Werteabflusses nach Norden und seiner Voraussetzungen im Süden der Weltwirtschaft. Nicht, dass die gegenwärtig rund dreissig Milliarden Dollar, die seit drei Jahren als Nettokapitaltransfer auch offiziell ausgewiesen nach Norden fliessen, *im Moment* stören. Aber das Weltkapital hält es in dieser Frage nicht anders als Armeen: Nicht auf dem Rückzug, sondern auf dem Vorstoss in neue Räume werden Werte akquiriert. Diese Perspektive verurteilt alle Vorschläge einer partiellen oder totalen „Schuldenstreichung" für „Entwicklungsländer" materiell und ideologisch zur Komplizenschaft bei der Suche nach neuen Offensivstrategien des internationalen Kapitals.

Wenn wir uns als Oppositionelle in den Metropolen verstehen, dann muss unser Beitrag der sein, genau diesen Versuch, weltweit neue Verwertungsbedingungen herzustellen, nicht mit eigenen Vorschlägen und Taten zu unterstützen, sondern zusammen mit den kämpfenden Teilen dieser Völker zu blockieren. Das gibt unserem Widerstand nicht nur die Rolle einer Dienstleistungsfunktion gegenüber den Kämpfen dort, sondern gleichzeitig eine Aufgabe hier: Hier ist ja schliesslich der Kommandoraum des internationalen Kapitals, hier sind die Hauptquartiere von Finanz- und Industriekapital, deren planerische Tätigkeit auf ein befriedetes und kulturell gehobenes Umfeld angewiesen ist. Ob es uns gelingt, diesen mörderischen Frieden nachhaltig zu stören, hängt davon ab, wieviele Kräfte es hier gibt, die objektiv und subjektiv sich als Teil der weltweit unterdrückten Klasse begreifen. Es hängt davon ab, ob es gelingt, uns wieder einen Klassenbegriff in Wort und Tat anzueignen, der den Begriff "Klasse" weder durch Begriffe wie „Länder", „Schichten" oder „Wir-alle"-Perspektiven ausebnet, noch abstrakt plattdrückt. Es hängt davon ab, ob es den gegenwärtig alle für sich stark minderheitlichen und in Fallen unterschiedlichen Komforts und Theorien isolierten anti-imperialistisch, anti-rassistisch, anti-kapitalistisch, kommunistisch, autonom und/oder feministisch orientierten Mäusepopulationen gelingt, inhaltlich und organisatorisch zusammenzufinden. Andernfalls wird uns die Geschichte keinen andern Platz zuweisen, als früheren Mäusepopulationen: die Wahl zwischen dem *ewigen Frieden* in Katzenmägen und dem einseitig diktierten *sozialen Frieden* auf Zeit in den Speisekammern des metropolitanen Kapitals.

Förderverein ProWoZ

RECHERCHIERFONDS

Ein Fonds für Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WoZ übersteigen.

Den Fonds speisen Sie - die spezielle und wöchentliche Auslandberichte und Reportagen wünschen - durch Ihre Spende.

PC 80-22251-0
Förderverein ProWoZ, Postfach, 8059 Zürich